

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Martin Zeil, Miriam Gruß, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Horst Meierhofer, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Patrick Döring, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Cornelia Pieper, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Ausbau der Bahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing mit Abzweig Burghausen forcieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Bayerische Chemiedreieck entwickelt sich zu einem der wichtigsten Technologiestandorte in Südbayern. Dies spiegelt sich auch im Verkehrswachstum wider. Die Verkehrsanbindung an das engere und weitere Umfeld hat mit der rasanten Entwicklung der Industrie allerdings nicht Schritt gehalten. Bis 2015 wird auch angesichts aktueller Investitionen in Milliardenhöhe mit einer Verdoppelung des Transportvolumens auf knapp 6 Mio. Tonnen jährlich gerechnet. Der Verkehrszuwachs auf der Schiene erfordert eine Anpassung der Streckenkapazitäten. Der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung ist Voraussetzung, um die Verkehrsanbindung der 25 000 Beschäftigten zu verbessern, die steigende Gütertransportnachfrage zu bewältigen und weitere Investitionen der dort anliegenden Unternehmen zu ermöglichen.

Die Bahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing–Grenze Deutschland/Österreich einschließlich des Abzweigs Tüßling–Burghausen sind von herausragender Bedeutung für den südbayerischen Raum. 16 000 Pendler aus der Region nutzen täglich die Verbindung nach München. Zudem ist die Strecke Teil der europäischen Magistrale Paris–München–Wien–Bratislava/Budapest, die von der EU im Jahr 2004 in die Liste der prioritären Projekte des transeuropäischen Netzes (TEN) aufgenommen wurde. Für die Region Südbayern wird eine Zunahme von 20 Prozent beim Personenverkehr und von 30 Prozent beim Güterverkehr prognostiziert. Mit Fertigstellung der Arbeiten zum Brenner Basistunnel auf österreichischer Seite wird es zu Engpässen auf der Strecke zwischen Grafing und Rosenheim kommen. Dieses führt zu Verlagerungen der Salzburg-Verkehre weg von der Strecke München–Rosenheim auf die Strecke München–Mühldorf–Freilassing–Grenze Deutschland/Österreich. Die Kapazitäten reichen im derzei-

tigen Zustand dafür nicht aus. Eine Erhöhung der Kapazitäten und Elektrifizierung auf dieser Strecke ist daher zwingend notwendig.

Der Abzweig Burghausen befindet sich heute auf Vorkriegsstand: eingleisig, nichtelektrifiziert und nur bedingt güterverkehrstauglich. Für eine zukunftsfähige Anbindung der Burghausener Industrie mit Unternehmen wie Wacker Chemie AG oder OMV Deutschland GmbH ist eine Ertüchtigung der Strecke unverzichtbar.

Nach dem Aus des Transrapid ist der Ringschluss zwischen Erding und dem Flughafen die einzige verbliebene Lösung. Es ist dringend notwendig, das Verkehrswachstum im Umland des Flughafens durch den Ausbau des Schienenverkehrs abzufangen. Durch den Ringschluss hätte man nicht nur die Chance endlich Freising und Erding zu verbinden, durch den Bau der Walpertskirchener Spange und dem daraus resultierendem Anschluß an die Strecke München–Freilassing–Salzburg hätte man gleichzeitig den bisher stark vernachlässigten südostbayerischen Raum an den Flughafen angeschlossen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Priosierungsprämissen des Projekts WB 12 (DB 13) des Bundesverkehrswegeplans zu überprüfen, die überproportionale Entwicklung der Industrie in der Region neu einzubeziehen, den Abzweig Burghausen, die Spange Walpertskirchen und den Ringschluss Erding in das Projekt mit einzuschließen und eine Neueinstufung der Priorisierung durchzuführen;
2. den Ausbau der gesamten Strecke auf mindestens zwei elektrifizierte Fahrspuren als ein komplettes Projekt zu betrachten und die Fördergelder im Rahmen der TEN-Förderung abzurufen;
3. eine Überprüfung der Ausfinanzierung des Projekts samt der Teilprojekte unter Beteiligung von Privatkapital als Public-Private Partnership zu untersuchen und das Ergebnis als Bericht dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorzulegen.

Berlin, den 23. September 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion